

Dillenburger Nachrichten

mit Illustrierter Gratis-Bellage „Neue Lesehalle“

— Unabhängiges Organ —

der werktätigen Berufsklassen in Stadt u. Land, des gewerblich. u. kaufmännischen Mittelstandes, der Beamten, der Landwirtschaft sowie des Arbeiterstandes.

Nr. 113.

Sonntag, den 14. Mai 1916

10. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Wachsen mit der Zeit.

Nicht an die Güter hänge dein Herz,
die das Leben vergänglich zieren!
Wer besitzt, der lerne verlieren,
wer im Glück ist, der lerne den Schmerz!

Schiller.

Gottes Pflug zieht scharfe Furchen in den Acker der Welt. Desto ergiebiger soll die Ernte sein. Wer will ihm die Mittel vorschreiben, durch die er die Völker in der Geschichte erzieht? Genug, daß wir innerlich größer geworden sind schon jetzt und — wir hoffen — in Zukunft noch mehr.

„Eiserne Blätter“.

Wem das Schicksal Großes zutraut, dem stellt es hohe Aufgaben.

Ewigkeit, in die Zeit

leuchte hell hinein,
Doch uns werde klein das Kleine
und das Große groß erscheine,
sel'ge Ewigkeit!

M. Schmalenbach.

Kriegswochenschau.

Die vergangene Woche hat uns bei Verdun zweifellos merkwürdige Erfolge gebracht. Wie am 8. Mai leitete unserer Heeresleitung gemeldet wurde, gelang es uns, trotz hartnäckiger Gegenwehr und wütendster Gegenstöße des Feindes, das ganze Grabensystem am Nordhang der „Höhe 304“ zu nehmen und unsere Linie bis auf die Höhe selbst vorzuschleben. An den folgenden Tagen konnten wir dann hier unsere Erfolge erweitern. Südlich des Termitenhügels wurden einige feindliche Gräben erobert. Südwestlich der „Höhe 304“ wurden feindliche Vortruppen weiter zurückgedrängt, eine Feldwache aufgebaut und unsere neuen Stellungen auf der Höhe weiter ausgebaut. Mit der

Einnahme der „Höhe 304“

und wir bei Verdun wieder einen guten Schritt vorwärts gekommen. Nach den französischen Berichten handelte es sich bei dieser Höhe 304 mit um den Schlüsselpunkt der Verteilungen von Verdun, die sie durch alle Künste von Festungsanlagen schwer uneinnehmbar gemacht zu haben glaubten. Das für deutsche Truppen schwierig nichts unmöglich ist, das hat eben wieder einmal die Eroberung dieser Höhe gezeigt. Verhältnismäßig gering sind die diesmal von uns hier gemachten Gefangen. Es fielen im ganzen nämlich nur 53 Offiziere und 1515 Mann in unsere Hände. Das röhrt aber daher, daß die Franzosen bei der Verteidigung der Stellung außerordentlich schwere Verluste erlitten haben. Auch in der Gegend von „Toter Mann“ kam es wieder zu einer Reihe lebhafter Gefechte, da die Franzosen hier verschiedentlich eine Entlastungsoffensive unternahmen, um dem Druck auf die „Höhe 304“ zu begegnen.

Deutlich der Maas entspannen sich erbitterte Gefechte in der

Gegend des Gehöfts von Thiaumont.

Auch dort hatten die Franzosen einiges Gelände verloren, das sie durch verschiedene Angriffe wieder zu erobern gedachten. Sie erlitten dabei jedoch nur neue Niederlagen, deren Größe die Anzahl der von uns dabei eroberten Maschinengewehre

— es handelt sich um neun — erkennen läßt. Außerdem wurden dabei noch 3 Offiziere und 375 Mann verwundet eingekreist. Bei dieser Gelegenheit kam wieder einmal zum Ausdruck, daß es mit dem Menschenmaterial in Frankreich nicht mehr zum besten bestellt sein kann, so der Feind unseren Truppen an dieser Stelle unter anderem Rege entgegengetragen hat. Unser Heeresbericht hebt dann noch besonders hervor, daß gerade bei den Kampf um die „Höhe 304“ und bei Thiaumont weitere französische Truppen festgestellt wurden. Man kann annehmen, daß die Franzosen im Maas-Gebiet, wenn man die nach voller Wiederaufrüstung zum zweiten Male eingesetzten Teile wieder mitzählt, die

Kräfte von 51 Divisionen

angewendet haben. Das ist, wie unser Heeresbericht weiter hervorhebt, reichlich das Doppelte von dem, was wir bisher in den Kampf geführt haben. — An den

Wegen Stellen der Westfront kam es meist nur zu für günstig verlaufenden Patrouillenunternehmungen.

Auf der Ostfront war es im allgemeinen auch in dieser Woche verhältnismäßig ruhig. Eine größere Kampfhandlung auf dem von uns besetzten Teile wird nur von

Stadt gesehen, wo wir nördlich des Bahnhofs

500 Meter der feindlichen Stellung

erreichten.

Auf dem

italienischen Kriegsschauplatz

wur im Gegenzug zu den vorhergehenden Wochen die Infanterietätigkeit im allgemeinen etwas geringer. Trotz-

dem konnten unsere Bundesgenossen auch diesmal wieder eine Reihe von örtlichen Erfolgen erringen, so am Ronco, nördlich des Werkes Luizern und am Nordhang des Monte San Michele.

Bedeutend war wieder die

Tätigkeit in der Luft.

Unser Generalstabsbericht hebt besonders hervor, daß auf der Westfront der Luftkrieg einen großen Umfang und wachsende Erdbeben hervorgerufen hat, indem an Stelle des Einzelkampfes immer mehr der

Kampf in Gruppen und Geschwadern

trete. Nach der Übersicht über die Verluste im April haben wir 22 Flugzeuge verloren, während der Feind 26 ein-gegängt hat.

Nördlich von Ostende hat ein

glückliches Seegeschick,

zwischen zwei unserer Torpedoboote und fünf englischer Zerstörern stattgefunden, wobei ein feindlicher Zerstörer schwer beschädigt wurde, während unsere Torpedoboote wohlbehalten zurückkehrten.

Leider haben wir den Verlust zweier Lenkflugzeuge zu beklagen. „L 7“ kam von einem Aufklärungsflug nicht zurück und ist in den Norden von den Engländern vernichtet worden. Ein anderes wurde bei Saloniki abgeschossen und wurde von der Besatzung zerstört, von der ein Teil von dem Feind gerettet werden konnte, während es dem Rest vermutlich gelang, sich den Nachstellungen zu entziehen.

Deutsches Reich.

Die Novelle zum Vereinsgebet im Reichstag. Nachdem der Reichstag am 11. Mai in namentlicher Abstimmung mit 229 gegen 111 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft betr. Liebknecht abgelehnt hatte, wurde die Beratung über die Novelle zum Vereinsgebet fortgesetzt. zunächst kam ein entzückter Gegner des Gesetzes zu Worte, der konservative Abgeordnete Dr. Dertel, der am liebsten die Vorlage gleich ohne Ausschlußberatung abgelehnt hätte. Er zog besonders die ländlichen Verhältnisse, „wo eine Organisierung der Tagelöhner nur die bestehenden guten Zustände zerstören würde“, in Betracht. Die Möglichkeit, daß jetzt auch jugendliche Personen sich den Gewerkschaften anschließen könnten, hielt er für eine Verhüllung an der Jugend. Der Ministerialdirektor Bewald suchte diese Bedenken zu widerlegen. Auch der nationalliberale Abgeordnete Jund sieht in dem Gesetz keine Gefahr, im Gegenteil, er erklärt sich sogar bereit, es noch weiter auszubauen, „in dem Geiste 1914, der zum Segen des Volkes gewirkt hat“. Nach weiterer kurzer Aussprache vertagte man die Verhandlungen auf Freitag.

Die bulgarischen Abgeordneten trafen, von Kiel kommend, am 11. Mai abends um 10 Uhr 50 Minuten auf dem Hauptbahnhof in Hamburg ein und wurden im Saal des Reiches von dem Direktor i. d. Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Schmitz, sowie von Vertretern der Bürgerschaft begrüßt. Für den Aufenthalt in der Hansestadt sind zwei Tage vorgesehen.

Bayerns Zweite Kammer zur Lebensmittelversorgungs-Frage. Im bayerischen Landtag gab es, wie der „Tgl. Rdsch.“ gedruckt wird, am 9. Mai eine außerordentlich scharfe Aussprache über die Lebensmittelversorgung. Alle Parteien hatten ihre Redner vorgeschickt. Der Grundgedanke aller Anträge gipfelte in dem Satz: Die Zivilverwaltung haben in der wichtigen Frage der Lebensmittelversorgung einfach versagt. Lebensmittel seien ausreichend vorhanden, aber Bäuerern und Händlern sei lange Tor und Tür geöffnet geblieben, so daß diese gewissenlosen Elemente ihr schändliches Handwerk ungefährt zum Schaden ihrer Mitmenschen ausüben könnten.

Deutscher Reichstag.

8 Berlin, 12. Mai 1916.

Die Freitagssitzung des Reichstages begann mit einem Auszug in die auswärtige Politik. Das auswärtige Amt hatte den Staatssekretär Zimmermann entlassen, der anlässlich einer kurzen Ansage über das neue deutsch-türkische Abkommen eine Auskunft gab und mitteilte, daß der große Vertrag, der mit der Türkei geschlossen wurde, und der ihren Eintritt in den Weltkrieg zur Folge hatte, geheim sei und auch in Einzelheiten nicht veröffentlicht werden dürfe. Anders liege es mit dem neuen Vertrag, über den noch verhandelt werde, dessen Vollziehung aber unmittelbar bevorstehe. Es handele sich um ein Konsularabkommen, um einen Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe und eine Vereinbarung über Auslieferung und Niederlassung. Diese neuen Verträge würden dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden.

Nach dieser Abschweifung in die hohe Politik wurden die Rechte des Präsidenten und der Abgeordneten besprochen. Die äußere Veranlassung dazu war ein Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, in dem dem Präsidenten, wenn auch in verbüllter Form, zum Vorwurf gemacht wurde, daß er ausführliche Berichte über den letzten Liebknecht-Skandal im April verhindert habe, und daß er nicht eingeschritten sei, als Liebknecht von anderen Abgeordneten belästigt wurde. Dem amtierenden Vizepräsidenten Döve war es selbst zweifelhaft, ob dieser Antrag, der eine Kritik der Geschäftsaufordnung des Präsidenten darstellte, zulässig sei. Er erklärte aber,

gegen die Verhandlung nichts einzuwenden zu wollen, da die gleiche Frage auch im Ausschuß erörtert wurde, stellte jedoch fest, daß damit kein Beispiel für die Zukunft gegeben werden solle.

Der erste Vizepräsident Dr. Baasche schilderte den Verlauf der Aussprache im Ausschuß. Dort wurde festgestellt, wie die Dinge wirklich lagen. Der Präsident hat die Vertreter der Presse nicht beeinflußt und einen ausführlichen Bericht nicht verhindert. Er hat nur seine Meinung dahin geäußert, daß ein Bericht, der ausführlich alle Zwischenfälle und Zwischenfälle schilderte, vom Präsidenten nicht zugelassen werden könne.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 12. Mai.

Herr Dr. Herzfeld von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlangte zu wissen, ob ein Bündnis mit der Türkei bevorstehe. Exzellenz Zimmermann, der frische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, teilte ihm mit, daß ein solches Bündnis bereits seit Jahr und Tag bestände. Was zur Zeit in der Schwebe ist, sind Einzelverträge zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei: Konsularvertrag, Rechtsschutz und Rechtshilfe, bürgerliche Angelegenheiten, Auslieferungen und Niederlassungen. Diese Verträge werden dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden.

Dann beriet man den Haushalt des Reichstages, d. h. einen bei dieser Gelegenheit gestellten Antrag der Haase-Gruppe zugunsten von Liebknecht, für den sich der Herr Ledebour einsetzte. Was geht es das Interesse des Vaterlandes an? Wenn er nur seine Gedanken breittreten kann.

Nicht einmal seine sozialdemokratische „Bruderpartei“ vermöchte Ledebour auf seine Seite zu ziehen. Scheidemann wünscht ab. Riesching, dessen Parteigenossen Hubrich und Müller-Meiningen seiner Zeit die Schärfsten gegenüber Liebknecht waren, verteidigt ruhig die Szene vom 8. April, die dadurch entstand, daß Dr. Liebknecht den Präsidenten „infam“ genannt hat.

Die Abstimmung, die der Gerechtigkeit gegen Dr. Liebknecht freien Raum läßt, ergab die Teilnahme von 345 Reichstagsabgeordneten, davon stimmten 290 mit ja, 110 mit nein; zwei Herren enthielten sich der Abstimmung, drei gaben ungültige Zettel ab. Die „Deutsche Fraktion“ stimmte wie die meisten anderen Parteien geschlossen mit „ja“: von den Christlich-Sozialen und den Deutsch-Bölkischen fehlte kein Mitglied, daselbst taten die drei Präsidenten des Reichstages, während Sozialdemokraten und Polen ebenso gleichlossen mit „nein“ stimmten. Der Däne schloß sich ihnen an, während Söhre den Konflikt zwischen Partei und Offiziersstand dadurch überbrückte, daß er von der Abstimmung fernblieb. Dasselbe taten die sympathischen Polen Dombeck und von Morawski.

Die Spaltung.

Aus dem Reichstag schreibt man uns: Die Auseinanderziehung der sozialdemokratischen Partei mit den aus der Fraktion ausgeschiedenen Herren um Haase gehen ständig weiter. Der Haase-Gruppe hat sich nun auch Rössel angeschlossen. Der Schriftleiter Dr. Meyer vom „Vorwärts“, der die Parteiversion aufgefördert hatte, dem Parteivorstand die Mittel zu sperren, ist vom Parteivorstand aus der Redaktion ausgeschlossen worden; die Pressekommission des „Vorwärts“ aber fordert einstimmig Herrn Dr. Meyer auf, auf seinem Posten auszuhalten und erklärt „die dem Genossen Meyer von dem Geschäftsführer Fischer überstandene Kündigung für rechtsungültig nach dem Organisations-Statut“. Der Parteivorstand hatte sich darauf berufen, daß die Zentral-Kommission dadurch, daß sie gleich viel Stimmen für und wider Dr. Meyer abgegeben hatte, sich selbst ausgeschaltet habe; diese Ansicht des Parteivorstandes erklärt der Vorsitzende der Zentral-Kommission, der alte Abgeordnete Bock, für „durchaus irrig“ — kurz, die Bemirung kann kaum höher gehen. Das Bochumer Volksblatt schreibt: „Seltsame Leute! Verleben hier das Recht, daß aus dem Organisations-Statut fliekt, und dann schreiben sie über Rechtsverlechtung, wenn ihnen mit gleichem Maße gemessen wird.“ Umgekehrt wirft die Presse-Kommission dem Parteivorstand vor, er führe „die Partei mit jedem Tage durch einen neuen Gewaltstreit dem Zustand der inneren Anarchie entgegen.“

Die Parteigenossen von Tempelhof stellten sich auf Dr. Liebknechts Seite, die Kreiskonferenz des 4. Berliner Reichstagswahlkreises nannten die Handlungsweise des Parteivorstandes eine „Faustrechtspolitik“. Der Parteivorstand gibt zur Verteidigung seiner Anschauungen die „Fackel“, die „Parteiforrespondenz“ und die „Internationale Korrespondenz“ heraus. Der „Vorwärts“

+ Wieder ein Smuts-Bericht über die Kämpfe in Ostafrika.
London, 12. Mai. General Smuts telegraphiert: Der Feind, der sich nach der Belagerung von Kondo-
angi durch unsere Truppen eine erhebliche Strecke zurück-
geworfen hat, hat Verstärkungen erhalten und bringt jetzt
wieder gegen Kondoangi vor. Unsere Truppen sind
jedoch genug, um mit dem Feinde fertig zu werden.

Stadtverordnetenförschung zu Herborn vom 12. Mai 1916.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren Bürgermeister Birkenthal, Stadtrat Rudert und die Magistratschöffen Lehr, Rem und Schramm. Zum Stadtverordneten-Kollegium sind 12 Herren angetreten. Den Vorsitz führt Herr Stadtverordneten-Baurat Königl. Baurat Hofmann.

Bor. Eintritt in die Tagesordnung widmet der Herr Stadtrat dem am 2. Osterfeiertag zu Grabe getragenen langjährigen Stadtverordneten-Borsteher und Stadtverordneten Herrn Apotheker Eugen Stoll ehrende Worte neuen Gedenkens. Durch Erheben von den Sigen bezeugt die Versammlung ihre Teilnahme an der stillen Beisetzung des Verstorbenen.

Die Tagesordnung findet wie folgt ihre glatte Erledigung:

Punkt 1 und 2. Befreiung der Veteranen und der Krankenschwestern von der Gemeindeeinkommensteuer. Die Befreiung der Veteranen und der Krankenschwestern von der Gemeinde-Einkommensteuer wird wie im Vorjahr debattierlos genehmigt.

Punkt 3. Bewilligung von Vertretungskosten für einen erkrankten Mittelschullehrer. Herr Mittelschullehrer Bläser ist ernstlich erkrankt und auf längere Zeit diesunfähig. Der Magistrat hat nach Anhörung des Kuratoriums beschlossen, für 6 Monate die Stelle vertretungswise verzeihen zu lassen und hierfür eine Vergütung von 125 Mark monatlich zu bewilligen. Die Vertretung wird voraussichtlich durch eine Lehrerin ausgeübt werden. Die Vorlage wird dem Magistratsbeschluss gemäß genehmigt.

Punkt 4. Freihändiger Verkauf von städtischen Grundstücken. Der Magistrat hat beschlossen, dem Schachtmaster Sante Rosetti zwei Grundstücke zum Preise von 3 Mark für die Rute zu verkaufen. Die Versammlung gibt hierzu ihre Zustimmung.

Punkt 5. Schiedsmannswahl. Der leitende Schiedsmann, Herr Louis Schumann, und dessen Stellvertreter, Herr Doeinck, werden, da ihre Wahlperiode abgelaufen ist, durch Zuruf wiedergewählt. Beide Herren nehmen die Wahl an.

Punkt 6. Abschluß eines Vertrages wegen Mästung von Schweinen. Der Magistrat hat beschlossen, mit 12 hiesigen Schweinezüchtern einen Vertrag abzuschließen, demzufolge von diesen Züchtern 44 Schweine gemästet und der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Für jedes Schwein werden 450 Pfund Maischrot und 50 Pfund Futterzucker zur Mäst seitens der Stadt beschafft und den bedürftigeren Züchtern auf Antrag Zahlungsausstand zur Bezahlung der erhaltenen Futtermittel gewährt. Den dadurch etwa erwachsenden Zinsverlust trägt die Stadt. Die Magistratsvorlage wird debattierlos genehmigt.

Punkt 7. Neuwahl eines Mitgliedes des Kuratoriums für die Mittelschule und die Badekommission. Auf Vorschlag der Wahlvorschlagskommission wird an alle des verstorbenen Herrn Stadtverordneten Stoll Herr Stadtverordneten-Borsteher Kgl. Baurat Ludwig Hofmann in das Kuratorium der Mittelschule und Herr Stadtr. Landeswegemeister Ahrens in die Badekommission gewählt. Beide Herren nehmen die auf sie fallende Wahl an.

Punkt 8. Mitteilungen. Der Herr Bürgermeister teilt mit: a) daß die Auflösung über das von den Herren Knecht und Geisler erworbene Gelände erfolgt ist; b) daß der Magistrat dem in der letzten Stadtverordnetenförschung gefaschten Beschlus auf Erhöhung der Hundesumme (für den ersten Hund 10 M., für den zweiten 12 M. und für jeden weiteren Hund 15 M. jährlich) beigetreten ist mit der Bestimmung, daß die erhöhten Steuersätze erst am 1. Oktober d. J. in Kraft treten sollen; c) daß, nach den veröffentlichten Rezensionen über die von dem jungen Herborner Künstler Kranz in Altenburg gefertigte Büste "Verdun" zu schließen, diese letztere tatsächlich ein Kunstwerk sein müsse, was auch schon aus den von Herrn Staatsminister v. Wussow dem Magistrat überhandigen Photographien (welche unter den Herren Stadtverordneten zirkulieren), deutlich hervorgeht.

Zum Schluß der öffentlichen Sitzung gibt der Herr Bürgermeister einen Überblick über die gesamte Lebensmittelversorgung im Kreise und im besonderen in unserer Stadt. Wir werden über diese interessanten Ausführungen in der nächsten Nummer ausführlich berichten. — Gegen 9.40 Uhr ist die öffentliche Sitzung erledigt und werden die Verhandlungen in geheimer Sitzung fortgesetzt.

Lokales und Provinzielles.

Dillenburg, 13. Mai. Wie wir hören, hat die Goldankaufsstelle in der ersten Woche ihres Bestehens einen guten Zuspruch zu erfreuen gehabt, insbesondere war der Verkehr am vergangenen Donnerstag recht lebhaft, was Beweis dafür, daß die Bevölkerung des Dillkreises die Bedeutung der Goldabgabe durchaus zu würdigen weiß und nicht davon zurücksteht, alte, ehrwürdige Stücke aus dem Verbergen herauszuholen und seltsame Andenken herzugeben, wie Ringe, Ketten, Broschen, goldene Kreuze, Medaillons, auch Uhren wurden zum Ankauf angeboten. Besondere Aufmerksamkeit erregten zwei Prachtstücke: eine ganz ausnahmsweise schwere goldene Kette aufzereuropäischer Machtart, anfangs indischen oder japanischen Fabrikats, sowie ein

wertvolles Armband, bestehend aus fremdländischen Goldmünzen (Rugland, Griechenland, Tunis, Schweiz, England), mit massig goldenen Ketten aneinandergereiht. Auch untauschbare ausländische Goldmünzen wurden gebracht. Die Besitzer derartiger Stücke handeln jedoch in ihrem eigenen Interesse und nutzen dem Vaterland mehr, wenn sie dieselben direkt zur Reichsbank bringen, welche das gemünzte Gold sehr hoch bewertet und zu wesentlich günstigeren Preisen übernimmt als die Goldankaufsstelle zahlen kann, aus dem einfachen Grunde, weil sich das fremde Gold zur Bezahlung von Lebensmitteln und sonstiger notwendiger Bedürfnisse, die wir aus den betreffenden Ländern beziehen, besonders eignet. Welche Goldmengen lediglich für Nahrungsmittel verfügbar sein müssen, geht schon daraus hervor, daß der gesamte Ausfuhrzoll für die in Rumänien gefäusterten 100 000 Waggons Gold hinterlegt werden mußte. Deshalb hilft es mit, daß unser Land mit den notwendigsten Lebensmitteln und sonstigen Bedürfnissen versorgt werden kann. Bögert nicht länger, sucht die verborgenen Schätze hervor und bringt alles Gold dahin, wo es jetzt allein hin gehört. Die Münzen zur Reichsbank und die Goldsachen zur Goldankaufsstelle.

— Fleischbücher werden nach einer Bekanntmachung des Vorsitzenden des Kreisausschusses im amtlichen Teil des heutigen Kreisblattes für den Dillkreis vom 22. Mai ab eingeführt. Es hat dann niemand mehr die Berechtigung, mehr als 750 Gramm Fleisch oder Fleischwaren wöchentlich (Kinder unter 6 Jahren 375 Gramm) zu kaufen. — Auch Seifenkarten, nach welchen jedem Kopf der Bevölkerung 100 Gramm Seife und 500 Gramm Seife oder Seifenpulver monatlich zu stehen, d. h. soweit Ware vorhanden ist, werden in der nächsten Woche im Dillkreis zur Einführung gelangen.

i) Frankfurt a. M., 12. Mai. Die Eisenbahndirektion hat ihren hiesigen Beamten den Bezug außerordentlich billigen Spargels aus Rheinhessen vermittelt. Das Pfund kostet sich auf 38 Pf. in den Verkaufsstellen.

ii) Frankfurt a. M., 12. Mai. (Aufhebung des hessischen Wildausfuhrverbots?) In der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenförschung teilte der Oberbürgermeister zu der Frage des hessischen Wildausfuhrverbots mit, daß sich der Magistrat mit dem kommandierenden General um Aufhebung des Verbots in Verbindung gesetzt hat. Der General habe sofort die nötigen Schritte in Berlin und Darmstadt getan und will gegebenenfalls kraft seiner Kommandogewalt das Verbot für den Bereich des 18. Armeekorps aufheben. — Liebt das sonstige generelle Ausfuhrverbot Hessens äußerte sich Stadt Dr. Heilbrunn dahin, daß der hessische Erlass durchaus der Verfassung des deutschen Reiches widerspreche und daß jedermann trotz aller Sondern über die hessische Grenze mitnehmen könne, was er wolle.

iii) Ufingen, 12. Mai. Für das hier zu errichtende Waisenhaus des Reichsvereins "Waisenfreund" stehen bisher 104 000 M. zur Verfügung. Der Verein hat sein Arbeitsgebiet erweitert und wird in Zukunft auch elternverlassene, elterngeschädigte und auch uneheliche Kinder unterstützen.

Aus Groß-Berlin.

Der englische Handelskrieg. In den vom Reichsamt des Innern herausgegebenen "Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" ist die "Trading with the Enemy act 1916" übersezt. Das Gesetz verschärft die bisherigen Gesetze. Als die wichtigsten Änderungen werden von den Leitern der Kaufmannschaft von Berlin die folgenden bekanntgegeben:

1. Das Handelsamt kann in Verträgen eingreifen, wenn vor oder während des Krieges mit einer Person im feindlichen Auslande oder einem feindlichen Staatsangehörigen oder mit einer Firma, die vom Handelsamt aus beaufsichtigt wird, eine Vereinbarung getroffen ist, die dem öffentlichen Interesse widerspricht. Es kann dann den Vertrag ganz aufheben oder auf die ihm angebrachte erscheinende Bedingungen beschränken.

2. Die Maßnahmen gegen das in England befindliche feindliche Privateigentum sind bedeutend erweitert. Wenn die Inhaber oder Teilhaber eines Unternehmens feindliche Staatsangehörige sind oder feindliche Verbindungen haben, oder wenn der Betrieb hauptsächlich zugunsten oder unter Kontrolle feindlicher Staatsangehöriger geführt wird, kann das Handelsamt den Geschäftsbetrieb einschränken oder untersagen oder die Auflösung verlangen. Es wird dann ein Kontrolleur ernannt, dem das Handelsamt Vollmacht von der einsachen Überwachung an bis zur völligen Liquidation erteilen kann. Bei der Liquidation sind in erster Linie die bekorrigten Forderungen, danach die Forderungen nichtfeindlicher Gläubiger, zuletzt diejenigen feindlicher Gläubiger zu decken. Ist Geschäftsmasse im Feindeland vorhanden, so wird sie schätzungsweise im Betracht gezogen, und die Ansprüche der Gläubiger im feindlichen Auslande gelten durch die Verweisung darauf als befriedigt. Alle in England wohnhaften feindlichen Staatsangehörigen haben ihr Vermögen über 50 Pfund Sterling anzumelden. Das Handelsamt kann alles Eigentum feindlicher Staatsangehöriger dem staatlichen Verwahrer überweisen, der es auf gerichtliche Anordnung zur Deckung der Schulden liquidieren darf.

Aus dem Norden.

+ Heu- und Strohlieferung für das Heer. Die Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 11. Mai eine Verordnung erlassen, durch die den Bundesstaaten der Verpflichtung zur ratenweisen Lieferung von 500 000 Tonnen Heu und 700 000 Tonnen Stroh für das Heer in der Zeit vom 15. Mai bis zum 15. August dieses Jahres auferlegt wird. Auf diese Mengen soll an gerechnet werden, was an Heu und Stroh nach der Bestandsausnahme vom 15. März d. J. für die Heeresverwaltung beigetrieben und was an Heu auf Grund der Bundesratsbeschlüsse vom 28. Februar d. J. bereits geliefert oder noch zu liefern ist. Der Reichskanzler hat die zu liefernden Mengen auf die Bundesstaaten unter Grundlegung des Ergebnisses der Bestandsausnahme vom 15. März und unter Berücksichtigung des vorhandenen Großwerts (Pferde und Kinder) zu verteilen. Die Bundesstaaten sollen die auf sie entfallenden Mengen auf die Lieferungsverbände unterteilen, die ihrerseits wieder die Gemeinden heranziehen können. Den Gemeinden ist die Bezugsnis gegeben, das Heu und Stroh nach Art einer Landlieferung zwangsläufig in Anspruch zu nehmen. (W. L. B.)

Ein beobachtenswerke Gemeinde schenkt das Städtchen Obersiglo in der Provinz Posen zu sein. Während die meisten deutschen Städte infolge der Kriegsausgaben gezwungen gewesen sind, ihre Kommunalesteuer zum Teil recht wesentlich zu erhöhen, und nur wenige die bisherigen Steuersätze beibehalten können, ist Obersiglo trotz hoher Kriegsausgaben und großer Steuerausfälle in der angenehmen Lage gewesen, diesmal die Steuerjahr sogar um 10 v. H. zu ermäßigen.

Mag. Reger †. Wie das "Leipziger Tageblatt" meldet, ist der Komponist Mag. Reger am 11. Mai an Herzschlag in Leipzig gestorben. Mit ihm ist einer der bedeutendsten Tonkünstler der Gegenwart dahingegangen. Reger stammte aus der Oberpfalz. Er war am 19. März 1873 zu Brand als Sohn eines Lehrers geboren, studierte von 1890 an Musik, lebte zunächst in Wiesbaden und entfaltete, 1901 nach München berufen, an der dortigen Kgl. Akademie für Musik eine segensreiche Tätigkeit. Von dort aus ging sein Ruhm als großer Tonkünstler in alle Welt, und dieser Ruhm war voll verdient. 1907 ging er als Universitätsmusikdirektor nach Leipzig, welchen Posten er 1911 mit dem des Kapellmeisters in Weimar vertrat.

Der dritte Hauptgewinn der Preußisch-Süddeutschen Altkriegsflotte fiel am Donnerstagabend in Höhe von 150 000 M. auf Nr. 32 255. Das Gewinnlos wurde in der ersten Abteilung in Ebersfeld, in der zweiten in Darmstadt gespielt.

Drei Personen bei einem Bootsunfall ertrunken. Bei einer Überfahrt über den Mansfelder See ertranken eine Frau Kärlamm aus Wiesbaden, deren vierzehnjährige Mutter und eine Frau Jüdis aus Seeburg. Das Boot geriet ins Schaukeln und schwung um, so daß die Insassen ins Wasser stürzten.

Aus aller Welt.

+ Ein neues Liebeswerk in der Schweiz. Zu Gunsten der Krankenpflegerinnen in den Armeen der kriegsführenden Staaten ist in der Schweiz ein neues Liebeswerk gegründet worden, das von Bundesrat Höfmann und seiner Gemahlin sowie Nationalrat Ador gegründet wird. Es handelt sich um unentgeltliche Erholungsauenthalte der in den Armeen der kriegsführenden Staaten beschäftigten Krankenschwestern in der Schweiz während des kommenden Sommers. Ein von Nationalrat Seiler (Bermuth) persönlich unternommener Versuch hatte letztes Jahr so befriedigende Erfolge, daß das Werk nunmehr auf breiter Grundlage mit hilfe schweizerischer Hotelunternehmungen durchgeführt werden soll.

+ Die Sommerzeit in Augsburg. Die Kammer hat die Einführung der Sommerzeit beschlossen.

+ Die Teuerung in England. Die "Times" schreibt im Leitartikel: "Das Publikum hat unsre, optimistische Ideen über die Steigerung der Preise. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende Unbequemlichkeit, sondern die Teuerung hat eine sehr ernste Bedeutung. Die Kleinhändelpreise für Lebensmittel sind seit Juli 1914 um 50 Prozent gestiegen. Die allgemeine Tendenz ist steigend und wird es bleiben. Die Entwicklung läßt sich nicht Einhalt tun und noch viel weniger läßt sie sich ins Gegen teil verwandeln. Das Blatt glaubt, daß der Notlage dadurch abgeholfen werden könnte, wenn alles Land, das jetzt zum Golfspiel benutzt wird, für landwirtschaftliche Zwecke verwendet würde.

Zum Aufruf der unterdrückten Völker Russlands. Wie die weißrussische Zeitung "Homan" mitteilt, schließen sich die Weißrussen dem Aufruf der unterdrückten Völker Russlands an den Präsidenten Wilson vollinhaltlich an.

+ Eine französische Militäräckerei niedergebrannt. Ein Großfeuer hat, begünstigt von einem heftigen Sturm, die Baulichkeiten der Militäräckerei im Rodez zerstört. Alle Borräte sind vernichtet worden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

+ Der Leiter der italienischen Luftschiffbrigade †. "Resto del Garibaldi" meldet aus Bologna: In dem Luftschiff, das vor einigen Tagen mit mehr als einer Tonne Explosivstoffen das österreichische Lager bei Görg bombardierte, jedoch von den Österreichern auf der Rückfahrt heruntergeschossen wurde, habe sich Oberst Pascini, der Chef der italienischen Luftschiff-Brigade, befinden. Pascini, ein früherer Sieger im Gordon-Bennet-Rennen, sei tot.

Geschichtskalender

Mittwoch, 10. Mai. 1760. Peter †, Dimitri, * Basel — 1871. Friede zwischen Deutscher Frankreich zu Frankfurt a. M. — 1889. Wdr. Risch, Th. Sieg, † Göttingen. — 1909. Schwertungung Mohammed V. in der Habsburger in Konstantinopel. — 1915. Südwestlich Lille Fortsetzung der französischen Angriffe auf die Loreto Höhe, Ablain und Careny, die sämtlich scheitern. — Nordwestlich Berry-au-Bac nehmen die Deutschen zwei Binnent in Breite von 400 Metern. — Zwei Zeppeline werden über Westcliff (am Themseingang) zahlreiche Bomben ab. — Durchbrechung der gegen die Verfolgung Widerstand leistenden russischen Binnent in Gallig bei Besto, Brzozow, Butez und Debica. — Rückzug der Russen von der Nida-Front. Nach Sieg bei Bialystok Übergang der Verbündeten über den San bei Doornik. Die russische Armee zwischen Bupkow und Uzjot in die Niederlage verworfen. — Ein starker russischer Vorstoß nördlich des Bruth auf Czernowiz abgeschlagen. 620 Russen gesangen.

Letzte Nachrichten.

Delbrück's Rücktritt.

Berlin, 12. Mai. (W. L. B. Amtlich.) Wie wir hören, hat sich der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück wegen seines Gesundheitszustandes genötigt gesehen, ein Abschiedsgesuch einzureichen. Der Minister leidet an Furunkulose, als der Folge einer leichten Zuckerkrankheit und bedarf nach ärztlichem Rat einer längeren Kur. Über die Person des Nachfolgers ist mit Rücksicht auf die schwierigen Organisationsfragen eine Entscheidung erst in einigen Tagen zu erwarten.

Weilburger Wetterdienst.

Wettervorherfrage für Sonntag, den 14. Mai: Veränderliche Bewölkung, doch nur strichweise geringe Regenfälle, Temperatur wenig geändert.

Die amerikanische Antwort.

Die amerikanische Antwortnote, die bisher nur noch einem Bericht des als unzuverlässig bekannten Neutreuen Büros vorlag, wurde nunmehr amtlich am Donnerstagabend von der "Nordd. Allg. Ztg." bekanntgegeben. Die Veröffentlichung hat folgenden Wortlaut:

Die am 10. d. M. vom amerikanischen Botschafter bereichte Antwortnote lautet in Liebeserziehung wie folgt:

Berlin, 10. Mai 1916.

Euer Exzellenz.

Ich habe die Ehre, auf Weisung meiner Regierung Euer Exzellenz die folgende Antwort auf die Note Euer Exzellenz vom 4. Mai d. J. mitzuteilen:

Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwogen worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Absicht der Kaiserlichen Regierung für die Zukunft kündigt, "dah ein Vorhe dazu beitragen will, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegsführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen", und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Seesieghabern die Beschränkungen nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt einsichtlicherweise ausgegebene Unterseebootpolitik anstaltete. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldigen Bemühungen um einen freundlichen Ausgleich der aus jener Politik erwachsenen kritischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedrohen, beständig durch Beweggründe der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich darauf verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der Kaiserlichen Regierung hinsicht einer gewissenhaften Ausführung finden wird, die die hauptsächliche Gefahr für eine Unterbrechung der guten, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Beziehungen beseitigen wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält für notwendig, zu erklären, daß sie für ausgemacht ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt zu versuchen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuangeständigen Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegsführenden Regierung abhänge, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. d. M. einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von Seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder in geringstem Grad von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relatio.

Ich ergriffe die Gelegenheit, um Euer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez: James W. Gerard.

Seiner Exzellenz Herrn von Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

+ Zu vorstehender Note meldet die "Kön. Ztg." aus Washington:

Man glaubt hier allgemein, daß Deutschland die leste Note Wilsons nicht mehr beantworten wird, da es heißt, daß Wilson dem tiefen Eindruck der deutschen Note durch eine scharfe Antwort entgegentreten müsse. Die verbandsfreundlichen Blätter wie "Times", "Herald" schimpfen wieder. Die Anhänger des Verbandes sind tatsächlich tief enttäuscht darüber, daß die Krise vorüber ist, und zeigen durch ihre Haltung bereits an, daß sie für Wilson jetzt nichts mehr übrig haben. — Die Torpedierung der "Concord" läßt das Band völlig ruhig. Die allgemeine Aufmerksamkeit richtet sich jetzt nach Mexiko, wo ernste Verwicklungen drohen. Eine amerikanische Einmischung wird für unvermeidlich gehalten.

+ Dem "Berner Bund" fällt in der amerikanischen Antwort der trockene unverbindliche Ton auf. Sie enthalte sich durchaus der sonst nach Beilegung eines Konflikts üblichen höflich-freundlichen Wendungen. So sprächen Leute, die sich zwar äußerlich vertragen, aber keineswegs die Sicherheit gewonnen haben, das mühsam zusammengetückte Band werde lange halten. Für den Augenblick sei immerhin ein Bruch der Beziehungen vermieden worden. Indem der "Bund" sodann daran erinnert, wie er den ganzen Kern der Angelegenheit in Deutschlands Vorbehalt gesehen habe, weist er darauf hin, daß aus der amerikanischen Antwort ersichtlich sei, daß tatsächlich der Gegensatz, der sich daraus ergebe, nicht aus der Welt verschwinden kann. Die Schlusswendung der amerikanischen Antwort enthalte die denkbar schroffste Zurückweisung dieses Vorbehaltes. Schärfer könne man die Gesetze nicht betonen.

Aus aller Welt.

+ Zum Schiffsbruch des "L 20". Die in einzelnen norwegischen Blättern verbreiteten Nachrichten über die Vorgänge bei dem Schiffsbruch, insbesondere bei der Beschießung des Zeppelins "L 20" durch eine norwegische Wachmannschaft, beruhen, wie der Vertreter von B. L. B. in Kristiania aus bester Quelle erfährt, auf vollständigem Irrtum. Im Gegenteil herrscht zwischen den beiden seitlichen Behörden vollständiges Einverständnis über die getroffenen Maßnahmen. Auch bezüglich der Behandlung der Zeppelinmannschaft herrschen keine Unstimmigkeiten. Weder Arme noch Beinbrüche sind, wie zuerst gemeldet wurde, vorgekommen. Es handelt sich nur um vereinzelte bedeutungslose Verstauchungen und Schrammen, ebenso wenig kann von einem Halbverhungern auf der Fahrt wegen Proviantmangels die Rede sein. Über selbstverständlich dient kein deutscher Offizier und Matrose auf einer solchen Fahrt ans Essen. Dank dem liebenswürdigen Entgegenkommen der norwegischen Behörden und der Wachmannschaft haben die deutschen Offiziere und Mannschaften die beste Aufnahme und Unterkunft gefunden. Sie erhalten eine ausgezeichnete Verpflegung, so daß das Beinden aller vorzüglich ist.

Für die Schriftleitung verantwortlich: A. Klose, Herborn.

Versammlung

Im II. landwirtschaftlichen Bezirks-Verein.

Am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr findet im "Massauer Hof" in Herborn eine Versammlung des II. landwirtschaftlichen Bezirks-Vereins statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Vorstandsmitgliedes Ad. Weiß von Mademühlen über: "Die Aufgaben der Landwirtschaft in diesem Kriege".
2. Abnahme der Jahresrechnung pro 1914.
3. Anderweitige Festlegung des Beidegeldes für die Jungviehwelde Breitscheid.
4. Festlegung des Rechnungsvoranschlags pro 1916.
5. Ergänzungswahlen zum Vorstande.
6. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1915.
7. Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung.
8. Sonstige Vereinsangelegenheiten.
9. Aufnahme neuer Mitglieder.

Alle Vereinsmitglieder und Freunde des Vereins werden zu dieser Versammlung ergebenst eingeladen.

Dillenburg, den 9. Mai 1916.

Der Bezirks-Vorsitzende.

Bekanntmachung

betreffend

gewerbliche Fortbildungsschule.

Nachdem der Herr Regierung-Präsident zu Wiesbaden die Einführung des Turnens als Lehrgegenstand des Pflichtunterrichts in den beiden ersten Jahrgängen der gewerblichen Fortbildungsschule genehmigt hat, werden, im Einvernehmen mit dem Schulvorstand die Turnunterrichtsstunden auf Dienstag und Freitag abends 8 1/2 Uhr festgesetzt.

Die erste Unterrichtsstunde wird Dienstag, den 16. d. Mts. abgehalten. Die Turnübungsstunden finden auf dem Schießplatz statt.

Nichterscheinen wird gemäß den Bestimmungen des Ortsstatuts betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule in der Stadt Herborn unnachlässlich bestraft.

Herborn, den 13. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung

betreffend Kaffee.

Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt, daß von den ordnungsmäßig angemeldeten und bei ihm verbuchten Beständen an Nahrung vorerst eine Quote von insgesamt zehn Prozent jeder einzelnen Sorte zum Verkauf und zur Röstung unter folgenden Bedingungen freigegeben wird:

1. An den Verbraucher darf Kaffee nur in geröstetem Zustand verkauft werden.

2. In jedem einzelnen Falle darf nicht mehr als einhalb Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist nur gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer die gleiche Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben wird.

3. Der Preis für einhalb Pfund gerösteten Kaffee und einhalb Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,20 M. nicht übersteigen.

4. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Bäckerei usw.) darf an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantums in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten 3 Betriebsmonate entspricht; es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden.

5. Fertige Mischungen von geröstetem Kaffee mit Ersatzmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie 50 Prozent Kaffee enthalten, 2,20 Mark pro Pfund nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Nahrungskaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu stellen.

Denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffeeersatzmitteln und fertigen Mischungen, welche die obigen Bedingungen nicht enthalten, wird durch den Kriegsausschuss ihr gesamter Vorrat an Kaffee abgenommen werden.

betreffend Tee.

Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt:

Die angemeldeten Bestände an grünem Tee werden hiermit unter der Bedingung freigegeben, daß der Verkaufspreis im Groß- und Kleinhandel 2,50 M. für 1/2 Kilo verzollt nicht übersteigt.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht und ersuche ich um strengste Beachtung.

Herborn, den 13. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Die Kreis- und Gemeinde-Hundesteuerlisten für das Rechnungsjahr 1916 liegen vom 15. Mai d. J. ab 8 Tage lang zur Einsicht auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses offen.

Einsprüche gegen die Heranziehung oder Veranlagung sind innerhalb einer Frist von 4 Wochen, vom Tage des Beginns der Offenlage der Liste ab gerechnet, anzubringen und zwar:

- a. zur Kreishundesteuer nach § 16 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 28. April 1906 bei dem Kreisaußschluß in Dillenburg;
- b. zur Gemeindehundesteuer nach § 61 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 beim Magistrat.

Herborn, den 12. Mai 1916.

Der Magistrat: Birkendahl.

Am Montag, den 15. Mai, vorm. 8 Uhr lasse ich in der Gastwirtschaft Schumann in Breitscheid die Bestände an

Kolonial- und Manufakturwaren, die zur Konkurrenzmasse Schmidt in Breitscheid versteigern.

Rechtsanwalt Wehle
als Konkursverwalter.

Statt Karten!

Marie Weisgerber
Albert Selzer

Verlobte.

Herborn, im Mai 1916.

Flaschen-Sammlung

Auf Anregung des Bezirks-Komitees vom Roten Kreuz zu Wiesbaden findet in der Zeit von Montag, den bis einschl. Mittwoch, den 17. d. Mts. in der Stadt eine

Sammlung von leeren Flaschen aller Art

wie Wein-, Sekt-, und Saftflaschen statt. Die Einzahler erfolgen durch ältere Schulkinder.

Die Einwohner werden gebeten, leere Flaschen zum holen bereit zu halten.

Die gesammelten Flaschen sollen in erster Linie Verstand flüssiger Liebesgaben Verwendung finden.

Herborn, den 10. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Pflanzen von Sonnenblumen.

Die Pflanzung von Sonnenblumen ist Interesse der Oelgewinnung dringend erwünscht und ist bereit, Samen zu besorgen. Anmeldungen bis spätestens Samstag den 13. d. Mts. Zimmer 10 des Rathauses entgegengenommen.

Herborn, den 11. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Züchtigen Mäuerer such!

Landes-Heil- und Pflege-Anstalt Herborn

Nutzholz-Versteigerung.

Dienstag, den 16. d. Mts., morgens 9 Uhr anfangend, kommt in der alten Schule zu Frohnhausen (Dill) aus den Distrikten 18 a und 19 Weidefeld, 7 und Frohnhäuser Seite folgendes Nutzholz zur Versteigerung:

1 St. St. 5 M. 0,45 Fm., 2 Eichen-St. 5 M. 0,65

3 B.-St. 4 M. 2,09 Fm., 157 F.-Stangen 1. M. 40

2 M. und 6 St. 3. M. 4 M. Eichen-Nutzholz 24 Fm. lang, 2 M. E.-Nutz.-K. 2,4 Mtr. lang, 25 M. Fichte-Nutz.-Scht. 2,4 Mtr. lang und 15 M. Fichten-Nutz.-Scht. 2,4 Mtr. lang.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Gefunden

1 Brosche.

Sonntag, den 14. Mai (Jubiläum).

Bornmittags 8 Uhr.

Herr Pfarrer Schmidt.

Wied: 207 Bsp. 1. M.

Born. 9 1/2 Uhr.

Herr Pfarrer Birkendahl.

Wied: 26, 207 B.

Born. 10 1/2 Uhr.

Christenlehre mit der Jugend.

Born. 11 1/2 Uhr.

Kindergottesdienst.

abends 8 1/2 Uhr.

Veranstaltung im Vereinshaus.

Eich.

Nachm. 1 1/2 Uhr: Schule.

Herr Pfarrer Schmidt.

Taufen und Trauungen.

Herr Pfarrer Birkendahl.

Dienstag 8 Uhr: Jugend.

Mittwoch 8 1/2 Uhr: Jugend.

Donnerstag 8 1/2 Uhr: Jugend.

Kriegsandacht in der Kirche.

Freitag 8 Uhr: Jugend.

zum Kindergottesdienst.